

Politik im Dialog mit Kunst, Kultur & Sport



Hartmut Koschyk MdB begrüßte den Schauspieler Mario Adorf bei einem Empfang der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin.



Eröffnet gemeinsam mit Hartmut Koschyk am 30. Juli 2008 seine Ausstellungen und Performances in der Orangerie im Hofgarten des Neuen Schlosses: Mariano Rinaldi Goñi.

Die Unionsfraktionen im Deutschen Bundestag luden zum ersten Kultursalon auf die Fraktionsebene unter der Reichstagskuppel. Zahlreiche Vertreter des Kunst- und Kulturbetriebs, darunter die Präsidentin der Deutschen Filmakademie, Senta Berger, die Schauspieler Mario Adorf, Chistiane Paul und Til Schweiger, herausragende Nachwuchskünstler aus dem Bereich der Musik, waren der Einladung gefolgt, um sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder sowie zahlreichen Abgeordneten über Kunst und Kultur auszutauschen.

Unter der Kuppel des Reichstages diskutierten die knapp 800 Teilnehmer in vier Werkstätten über die Situation der

Kulturschaffenden in Deutschland. Die Teilnehmer beschäftigten sich dabei mit den Fragen „Wer zahlt für Kultur?“, „Der arme Poet - Bild oder Realität?“, „Computerspiele - ein Beitrag zur Kultur oder Ursache für Amokläufe?“ und „Kultur - nur noch für eine Elite?“.

Nach dem regen Austausch in den Werkstätten und verschiedenen kulturellen Darbietungen leitete der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag und Bayreuther Bundestagsabgeordnete, Hartmut Koschyk, zum gemütlichen Teil des Abends mit einem Zitat des Dichters Jean Paul aus seiner Heimat über: „Die Kunst ist zwar nicht das Brot, aber der Wein des Lebens.“



Mehrere 1000 Besucher empfangen zum Sommerspringen die „Deutschen Adler“ in Bischofsgrün. Darunter auch Gudrun Brendel-Fischer MdL und Hartmut Koschyk. Links im Bild: Martin Schmitt, der zweite Skispringer im Bild: Michael Uhrmann

Koschyks politische Korrespondenz

Politische Informationen aus erster Hand

Herausgeber:
Hartmut Koschyk MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. (030) 227 - 73353
eMail: hartmut.koschyk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bayreuth
Wölfelstraße 6 · 95444 Bayreuth
Tel. (0921) 76430 - 0
e-Mail: hartmut.koschyk@wk.bundestag.de

Redaktion und Gestaltung:
Thomas Konhäuser
Dr. Oliver Junk

Mit freundlicher Unterstützung
der Firma fresh! Advertising, Bayreuth
www.fresh-bayreuth.de



Koschyks politische Korrespondenz

Politische Informationen aus erster Hand

3. Jahrgang • Ausgabe 11 • Juni 2008

Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)	Seite 1
Förderung von Biogasanlagen	Seite 2
Leitlinien der CSU-Familienpolitik	Seite 3
Eggers fordert Änderungen bei der Steuerpolitik	Seite 3
Leistungsvergleich des THW	Seite 4
Besuch der oberfränkischen Dekane in Berlin	Seite 4
Wirtschaftsjunioren in Berlin	Seite 5
Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert Region	Seite 5
Keine Zunahme der Kriminalität in Oberfranken	Seite 6
Diskriminierung der deutschen Sprache in der EU beenden	Seite 6
Genussregion Oberfranken stellt sich in Berlin vor	Seite 7
Gustloff-Archiv soll nach Bayreuth	Seite 8
Dokumentationszentrum zu „Flucht und Vertreibung“	Seite 8
VDE - Schülerwettbewerb	Seite 9
Bürgermeister Christian Meier aus Egloffstein verabschiedet	Seite 9
Politikkorrespondenten aus Berlin zu Gast in Bayreuth	Seite 10
Vortrag an der Uni Bayreuth zum Nachhaltigkeitsprinzip	Seite 11
Einigkeit in der Steuerpolitik zwischen BDI und CSU	Seite 11
Politik im Dialog mit Kunst, Kultur und Sport	Seite 12

Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

Wichtiger Beitrag zum Klimaschutz

Die nach langen und kontroversen Diskussionen verabschiedete Novelle des EEG leistet einen großen Beitrag zur Erreichung der von der Bundesregierung festgelegten Klimaschutzziele.

Das deutsche EEG Modell gilt international als erfolgreiches Modell zur Förderung der erneuerbaren Energien. Analysen der Europäischen Kommission zeigen, dass das EEG kostengünstiger und wirksamer ist als andere Förderinstrumente für Strom

aus erneuerbaren Energien. Mit seiner Weiterentwicklung, aber auch durch andere Regelungen, wird sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung in Deutschland von 2007 14,2% bis zum Jahr 2020 auf 30 % erhöhen.

Schon das gegenwärtige EEG leistet bisher einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von CO₂-Emissionen, zu mehr Energiesicherheit durch mehr heimische Energieversorgung, zur Schaffung neuer

Arbeitsplätze und zukunfts-trächtiger Industriestrukturen. Gleichzeitig müssen nach Auffassung von Hartmut Koschyk MdB und der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag jedoch die Kosten für Industrie und Privathaushalte im Rahmen gehalten werden.

Das EEG schafft für landwirtschaftliche Veredlungsbetriebe neue wirtschaftliche Perspektiven. Der Fokus der Förderung liegt nicht mehr auf dem Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen, sondern auf der Verbreiterung der Rohstoffbasis durch den Einsatz von Wirtschaftsdüngern wie z.B. Gülle. Auch die Aufhebung des Ausschließlichkeitsprinzips bei der Nutzung von nicht NawaRo-Bonusfähigen Einsatzstoffen war ein wichtiger Schritt. Denn dadurch wird die Flächenkonkurrenz zwischen der Produktion von nachwachsenden Rohstoffen und Nahrungsmitteln verringert, die zu einem erheblichen Anstieg der Pachtpreise in Veredelungsregionen geführt hatte. Um diese Konkurrenz zu minimieren, wird der Bonus für den Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen in Biogasanlagen (Nawa-



Neue Photovoltaik-Anlagen auf einem Wohnhaus im Landkreis Bayreuth

Fortsetzung auf Seite 2

Ro-Bonus) zurückhaltender angehoben, als dies im ersten Entwurf der Novelle vorgesehen war. Gleichzeitig wird die Positivliste für den Erhalt des NawaRo-Bonus z.B. um Futterreste erweitert, ebenso wie die Positivliste der rein pflanzlichen Nebenprodukte.



Als wichtigen Beitrag nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für das regionale Handwerk bezeichnet Claudia Ebert das neue EEG. Durch das neue Gesetz werden Photovoltaik- und Solaranlagen finanziell gefördert und damit Anreize für die Bürger zur Realisierung geschaffen. Claudia Ebert ist Geschäftsführerin der Fa. Schlenck in Bayreuth. Mit den über 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt die Fa. Schlenck als kompetenter Ansprechpartner für die Realisierung der genannten Anlagen.

Durch die Aufwertung des Bonus für die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) wird zukünftig auch die Abwärme von Biogasanlagen noch effektiver und effizienter verwendet werden, besonders da auch Altanlagen bei der Einhaltung der neuen Standards diesen erhöhten Bonus bekommen können. Dies senkt die Kosten für die Verbraucher und die Betriebskosten für die Landwirte. Mit der Erhöhung eines nach Leistungsstufen gestaffelten Technologiebonus wird darüber hinaus noch ein Anreiz für die Aufnahme neuer Technologien gegeben.

Insgesamt ist die neue Regelung ausgewogen und bietet landwirtschaftlichen Betrieben neue Möglichkeiten,

ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele zu leisten. Zudem ist die Stromerzeugung aus Biogas grundlastfähig und damit je nach Anlagengröße im Vergleich zu Wind- und Solarenergie am ehesten wirtschaftlich.

Vorbildliche Biogasanlagen in der Region

Durch Kraft-Wärme-Kopplung wird aus dem Einsatz einer Einheit Primärenergie sowohl Strom als auch Wärme gewonnen. Das Ziel, den Anteil an KWK-Strom in Deutschland bis 2020 auf 25 % zu verdoppeln, ist damit eine Maßnahme zur effizienteren Energienutzung. Mit der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) sollen Modernisierung und Neubau von KWK-Anlagen vorangetrieben werden.

Ab 2009 sollen nicht nur KWK-Anlagen gefördert werden, die den selbst erzeugten Strom in das Netz der allgemeinen Versorgung einspeisen. Hinzu kommen Anlagen, die Strom für die Eigenversorgung bereitstellen. Damit wird das große Feld industrieller KWK erschlossen. Weitere Anreize schaffen wir durch Förderung des Aus- und Neubaus von Wärmenetzen, in die Wärme aus KWK-Anlagen eingespeist wird.

Die Förderung von KWK und Wärmenetzen erfolgt, wie im geltenden KWKG, auf Basis eines durch die Netzbetreiber zu zah-

lenden Zuschlags, der auf die Stromverbraucher umgelegt werden kann. Um die Auswirkungen auf die Stromrechnung eng zu begrenzen, haben wir einen Deckel von insgesamt 750 Millionen Euro pro Jahr eingezogen.

Zur gerechten Verteilung der begrenzten Fördermittel haben wir den Deckel zeitlich flexibilisiert. Reichen die Mittel eines Jahres nicht aus, werden die Zuschlagszahlungen anteilmäßig gekürzt und in den Folgejahren in Reihenfolge der Zulassung vollständig nachgezahlt. Auf diese Weise erhält jede förderfähige KWK-Anlage, die bis 2016 angemeldet wird, den Investitionsanreiz.

Die CSU-Landesgruppe hat durchgesetzt, dass der Deckel nicht für KWK-Anlagen bis 50 Kilowatt gilt. Solche Kleinanlagen können vor allem in Einfamilienhäusern oder kleineren Wohnanlagen zum Einsatz kommen.



Biogas ist die Energie der Zukunft: Die Familie Etterer bewirtschaftet in Kirchenlaibach einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Milchviehhaltung und einer Biogasanlage. Zusammen mit Ehefrau Irmgard, Sohn Jörg und dessen Frau Christina bewirtschaftet Manfred Etterer den Familienbetrieb mit 80 Milchkühen samt weiblicher Nachzucht und einer 75 Kilowatt starken Biogasanlage. Im Bild: Jörg Etterer erklärt dem agrarpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Bleser die von ihm entworfene Biogasanlage.



*Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger!*

Kein „weiter so“ in Europa - Der Ausgang des Referendums in Irland über den Lissabonner Reformvertrag ist ein harter Rückschlag für die europäische Integration. Es heißt nun für Europa umzudenken. Ein „weiter so“ kann es nicht geben. Große Reformentwürfe wie die Verfassung oder der Vertrag von Lissabon sind in der nächsten Zeit nicht zu machen. Trotzdem muss es vorangehen. Die notwendigen Reformen müssen in Schritten kommen, die für die Bevölkerung nachvollziehbar sind.

Abgesehen von Kroatien ist jetzt auch für weitere EU-Beitritte die Tür erst einmal zu. Die Eröffnung neuer Verhandlungskapitel mit der Türkei zum jetzigen Zeitpunkt ist das falsche Signal an die Bürger.

So wenig wie die EU nach den fehlgeschlagenen Referenden in Frankreich und den Niederlanden gescheitert ist, so wenig wird sie jetzt aber scheitern. Über die Schaffung neuer Institutionen wie den im Reformvertrag vorgesehenen Präsidenten des Europäischen Rates oder den Europäischen Auswärtigen Dienst wird nun allerdings erst später zu entscheiden sein.

In diesem Sinne grüße ich Sie herzlich

Das Manfred Koschyk

Vortrag von MdB Dr. Günter Krings (CDU) an der Universität Bayreuth

„Frühwarneinrichtung“ im Dienst der Zukunft

Wie der Gedanke der Nachhaltigkeit in der Praxis des Deutschen Bundestages aus „Sonntagsreden“ in die Inhalte der Politik findet, berichtete der Bundestagesabgeordnete Dr. Günter Krings (CDU) bei den „Bayreuther Vorträgen zum Recht der Nachhaltigen Entwicklung“. Der Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung und promovierte Jurist, der auf Einladung der Forschungsstelle für das Recht der Nachhaltigen Entwicklung (FoRNE) und ihres geschäftsführenden Direktors, Prof. Dr. Wolfgang Kahl (Öffentliches Recht I) nach Bayreuth gekommen war, hob dabei die Bedeutung der Rechtswissenschaft für die Strukturierung des politischen Diskurses hervor: Nur durch klare juristische Begriffsbildung könne der Gefahr entgegengewirkt werden, dass „Nachhaltigkeit“ zu einer rhetorischen Floskel verkomme, zu einer gesellschaftspolitischen „Weltformel“, die jedes Problem umfasse und aus eigener Kraft zu lösen vorgebe.

Krings Vortrag über „Das Nachhaltigkeitsprinzip in der



Auf Einladung von Prof. Dr. Wolfgang Kahl (Lehrstuhl Öffentliches Recht I, Universität Bayreuth) in Bayreuth: Dr. Günter Krings, MdB (links im Bild)

Arbeit des Deutschen Bundestages“ war der erste von insgesamt vier Veranstaltungen. Zu der Rolle des Nachhaltigkeitsbeirats, dem er vorsitzt, äußerte sich Krings eher zurückhaltend. Selbstverständlich seien andere Gremien des Bundestages, etwa der Haushaltsausschuss, für die praktische Politik sehr viel wichtiger.

Doch dürfe man nicht übersehen, dass die 20 ordentlichen Mitglieder des Beirats und ihre 20 Stellvertreter als Abgeordnete zugleich den Fachausschüssen des Bundestages angehörten. Auf diese Weise „infiziere“ der Gedanke der Nachhaltigkeit

und der Generationengerechtigkeit alle Felder der Politik. Im Dienste der Demokratie dürfe die Nachhaltigkeitspolitik nicht allein der Regierung überlassen bleiben, wie dies in vielen anderen europäischen Staaten der Fall sei. „Oft ist die Nachhaltigkeit bei unseren Nachbarn nur ein Unterthema des Umweltausschusses“, kritisierte Krings.

Das Nachhaltigkeitsprinzip dürfe aber nicht auf den Schutz der Umwelt reduziert werden, sondern betreffe letztlich alle Fragen politischen Gestaltens. Zugleich räumte Krings ein, dass die parlamentarische Kontrolle und Gestaltung ange-

sichts der Komplexität vieler politischer Fragen – etwa bei der Neuordnung des Finanzverfassungsrechts im Zuge der geplanten Föderalismusreform II – natürlichen Grenzen unterliegt.

Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltigkeit könne als eine Art „Frühwarneinrichtung“ („watchdog“) für politische Fehlentwicklungen verstanden werden. Krings nannte als ein Beispiel für eine solche Fehlentwicklung den jüngsten Eingriff in die Formel zur Berechnung der gesetzlichen Rente durch die große Koalition, die er persönlich abgelehnt habe. Doch dürfe man auch nicht glauben, es ließe sich eine Art „Nachhaltigkeitsmaschine“ bauen und im Bundestag aufstellen, die zu jeder politischen Frage automatisiert die nachhaltige Lösung angeben könne. Das Moment des politischen Entscheidens, also vor allem der Abwägung und der Prioritätensetzung, werde durch das Prinzip der Nachhaltigkeit nicht überflüssig. Der Gedanke der Nachhaltigkeit führe aber zu höheren Anforderungen an die Rationalität des Gesetzgebungsverfahrens.

Meinungsaustausch zwischen BDI und CSU-Landesgruppe

Einigkeit in der Steuerpolitik

Traditionell traf sich die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag mit dem Hauptgeschäftsführer des BDI, Dr. Werner Schnappauf, zu einem Meinungsaustausch im Deutschen Bundestag. Der langjährige Bayerische Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen und seit September letzten Jahres Hauptgeschäftsführer des Bundes der Deutschen Industrie, Dr. Werner Schnappauf, wurde vom Vorsitzenden der CSU-Lan-

desgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Peter Ramsauer, und Hartmut Koschyk als langjähriger politischer Weggefährte begrüßt. Bei dem Treffen wurden aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik diskutiert. Besondere Themen waren das Konzept der CSU für eine Steuerreform, die mehr Netto vom Brutto für die Bürger bedeutet, die Reform der Erbschaftsteuer, die Arbeitsmarktpolitik und die Energiepolitik.



Hartmut Koschyk MdB, Dr. Werner Schnappauf und Dr. Peter Ramsauer MdB

Führende Berliner Politikkorrespondenten besuchten Kompetenzzentrum und Festspielhaus in Bayreuth

Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

Eine erfolgreiche Bilanz über die bisherige Tätigkeit des Kompetenzzentrums Neue Materialien in Bayreuth hat Geschäftsführer Dieter Kunz gezogen. Die Gebäude seien gut ausgelastet, mittlerweile arbeiteten 110 Mit-

arbeiter in den Räumen an der Gottlieb-Keim-Straße und im Umfeld gebe es zahlreiche innovative Gewerbeansiedlungen, sagte Kunz beim Besuch einer Gruppe von führenden Berliner Politikkorrespondenten, die auf Einladung des Bayreuther Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk zu einem umfangreichen Besuchsprogramm nach Oberfranken gekommen waren. Das Kompetenzzentrum Neue Materialien in Bayreuth (NMB)

verstehen sich als Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft oder besser zwischen Forschern und Unternehmen, so Geschäftsführer Kunz. Die Herstellung und Anwendung neuer Werkstoffe sei als Innovationsmotor für viele Branchen von strategischer Bedeutung. Um die vorhandenen Forschungs- und Entwicklungskompetenzen zu bündeln, wurde vor knapp sechs Jahren das Kompetenzzentrum Neue Materialien mit Standorten in Bayreuth, Fürth und Würzburg gegründet. Ziel des Zentrums ist es, Grundlagenwissen nutzbar zu machen, Technologieschübe zu erzeugen und für einen raschen Ergebnistransfer in die Praxis zu sorgen. In Bayreuth

wurden dazu ein so genanntes Technikum sowie mehrere Labors und Werkhallen errichtet, in denen seitdem zusammen mit der Industrie mit großem Erfolg marktfähige Produkte entwickelt werden. Die Palette der möglichen Werkstoffe reicht von Metallen über Polymer- bis hin zu Keramikwerkstoffen.

„Wir verstehen uns als Entwicklungsdienstleister für neue Werkstoffe und neue Verfahren“, sagte Geschäftsführer Kunz. Als besondere Stärke der Neuen Materialien in Bayreuth bezeichnete er das Vorhalten von eigenen Produktionsanlagen, auf denen neue Entwicklungen zumindest in Kleinserien in die Praxis umgesetzt werden können. Auch das weitreichende Netzwerk zur Großindustrie, zu Unterneh-

ein neuartiges Schweißverfahren für extrem belastbare Weichen, die bei Hochgeschwindigkeitszügen im Einsatz sind, entwickelt wurde. Die NMB halte darüber hinaus für mehrere Großunternehmen wie Audi, Daimler-Chrysler oder Airbus das entsprechende Know-how vor.

Höhepunkt des Besuchs der Journalisten war das Hintergrundgespräch mit Katharina Wagner. Die junge Festspielchefin erläuterte ihre Pläne für die Übertragung der Meistersinger auf den Bayreuther Volksfestplatz, eine revolutionäre Idee, die auch der Bayreuther Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl unterstützt. Katharina Wagner betonte in dem Gespräch, dass es für sie sehr wichtig sei, auch



Den Einsatz von Leichtbaumaterialien in Automobilen erläuterte der Geschäftsführer der Neue Materialien Bayreuth Dieter Kunz (3. von links) der Besuchergruppe um den Bayreuther Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk (7. von rechts).

arbeiter in den Räumen an der Gottlieb-Keim-Straße und im Umfeld gebe es zahlreiche innovative Gewerbeansiedlungen, sagte Kunz beim Besuch einer Gruppe von führenden Berliner Politikkorrespondenten, die auf Einladung des Bayreuther Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk zu einem umfangreichen Besuchsprogramm nach Oberfranken gekommen waren. Das Kompetenzzentrum Neue Materialien in Bayreuth (NMB)

motor für viele Branchen von strategischer Bedeutung. Um die vorhandenen Forschungs- und Entwicklungskompetenzen zu bündeln, wurde vor knapp sechs Jahren das Kompetenzzentrum Neue Materialien mit Standorten in Bayreuth, Fürth und Würzburg gegründet. Ziel des Zentrums ist es, Grundlagenwissen nutzbar zu machen, Technologieschübe zu erzeugen und für einen raschen Ergebnistransfer in die Praxis zu sorgen. In Bayreuth



Katharina Wagner ermöglichte den Journalisten aus Berlin die Teilnahme an einer Lichtprobe für die Meistersinger. Die Bayreuther Festspiele starten am 25. Juli.



In der Kochschule des Fremdenverkehrsvereinsvorsitzenden Georg Schmitt (rechts im Bild) wurden die Hauptstadtjournalisten in die Geheimnisse der fränkischen Kochkunst eingewiesen.

men, Firmen und Behörden sei einer der entscheidenden Vorteile der Einrichtung.

Als Beispiele für eine gelungene Kooperation stellte Walter Schütz sein Unternehmen Future Carbon vor, die High-Tech-Produkte auf der Basis von Kohlenstoff-Nanomaterialien entwickelt und produziert. Weitere Kooperationen gibt es beispielsweise mit der Deutschen Bahn, für die

jüngere Menschen wieder für die Oper zu begeistern. Auch unkonventionelle Orte für Präsentationen von Opern befürwortete sie.

In der Kochschule von Georg Schmitt wurden die Journalisten insbesondere mit der fränkischen Küche vertraut gemacht. Koschyk kündigte die Wiederholung eines ähnlichen Besuches im nächsten Jahr an.

Beschluss der CSU-Klausurtagung in Wildbad-Kreuth:

Familienfreundliche Politik bleibt zentrales Anliegen



Begrüßt die Bemühungen der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zur weiteren Stärkung von Familien: Dr. Bettina Boxberger, selbst Mutter von fünf Kindern, ist neugewählte Stadträtin in Bayreuth und engagiert sich insbesondere im Bereich der Gesundheits-, Familien- und Jugendpolitik.

Familien sind das Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Familien mit Kindern sichern Zukunft. Angesichts veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für Familien war der Zuwachs an Bedeutung überfällig, den die Familienpolitik unter der von CDU und CSU geführten Bundesregierung erfahren hat.

Das Elterngeld, der Ausbau der Betreuungsplätze für rund ein Drittel der Kinder unter drei Jahren und das geplante Betreuungsgeld machen die Entscheidung für Kinder und das Leben mit Kindern leichter. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit die Versöhnung von Arbeitswelt und Familie, ist ein zentrales Anliegen unserer Poli-

tik. Dabei muss jedoch immer die Wahlfreiheit sichergestellt sein. Eltern, die ihre Kinder in den ersten Lebensjahren selbst erziehen wollen, sollen so weit wie möglich in der gleichen Weise unterstützt werden, wie Eltern, die ihre Kinder in eine Betreuungseinrichtung geben. „Das Betreuungsgeld ist genauso wichtig wie der Ausbau der Kinderbetreuung!“ so Boxberger.

Kindesmisshandlung oder -vernachlässigung finden verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit. Jeder einzelne Fall ist erschreckend, jeder Fall ist einer zuviel. Es wäre aber völlig falsch, Eltern und Familien unter Generalverdacht zu stellen. Die allermeisten Eltern in Deutschland kümmern sich liebevoll um ihre

Kinder. Sie investieren in die Ausbildung ihrer Kinder, fördern ihre individuellen Begabungen und setzen sich dafür ein, dass ihre Kinder ihren Platz in der Arbeitswelt und Gesellschaft finden.

„Diese Familien haben Respekt, aber auch Dank und Unterstützung durch Staat und Gesellschaft verdient!“ betont Bettina Boxberger. Steigende Anforderungen an die Erziehungskompetenz, Arbeitslosigkeit der Eltern sowie psychische Probleme können zu Überforderungssituationen führen. Familien in sozialen und familiären Notlagen, Familien bei denen der innere Zusammenhalt schwindet, brauchen Einzelunterstützung, aber auch günstige Rahmenbedingungen.

Handwerkskammer-Hauptgeschäftsführer Eggers fordert weitere Entlastung der Durchschnittsverdiener

Steuerpolitik der CSU findet Zustimmung

Im Folgenden geben wir eine Stellungnahme von Horst Eggers zur Steuerpolitik in Auszügen wieder:

Eine Senkung der Tarife bei der Lohn- und Einkommenssteuer ist überfällig. Der größte Teil der Steuermehreinnahmen 2007 in Höhe von immerhin rd. 50 Milliarden EURO ist auf offene und verdeckte Steuererhöhungen zurückzuführen. Dabei geht es mir nicht um die Spitzeneinkommen, sondern um die große schweigende Mehrheit in diesem Land: Die Leistungsträger mit mittlerem Einkommen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im mittelständischen Bereich, die Spitzenbelastungen ausgesetzt sind.

Im Jahr 1958, also vor 50 Jahren, musste man das 20-fache des Durchschnittseinkommens verdienen, um den Steuerspitzen tarif zu erreichen. Heute genügt

bereits das 1,4-fache Durchschnittseinkommen, um in die Spitzensteuerbelastung zu kommen. Bereits bei einem Einkommen von 25.000 EURO müssen 25 % an den Fiskus abgeführt werden.

Das Problem heute liegt im Unterschied zwischen brutto und netto. Nicht über Mindestlöhne gilt es ein auskömmliches Einkommen zu sichern, sondern über Nettolöhne, die nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungen ein deutliches Plus gegenüber jenen garantieren müssen, die keiner Beschäftigung nachgehen. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei Kindern und einem Bruttoverdienst von 1.621 EURO im Monat erhält weniger netto als wenn er Transferleistungen beziehen würde.

Das Hauptproblem ist das beschleunigte Hineinwachsen in die Steuerprogression,



Fordert weitere Entlastungen der Durchschnittsverdiener durch die Politik: Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Horst Eggers

das ist gemeint, wenn ich von heimlichen Steuererhöhungen oder auch der „kalten Progression“ spreche. Sie entsteht, weil der Durchschnittssteuersatz bei wachsendem Einkommen in Folge der Progression beim Lohn- und Einkommensteuertarif automatisch ansteigt. Durch diesen Automatismus wächst die Gesamtheit der Steuerzahler bei

unverändertem Tarif nach und nach in Einkommensbereiche mit höheren Steuersätzen. (...)

Mit dieser so genannten kalten Progression ist die Schwächung der Inlandsnachfrage und damit der wichtigste Markt des Handwerks verbunden. Im Klartext: Wenn 80 % der Bürger angeben, bei ihnen komme der Aufschwung nicht an, dann liegt eine zentrale Ursache hierfür nicht bei ihren Brutto-, sondern bei ihren Nettolöhnen.

Hier muss umgesteuert werden, d. h., die Eckwerte von Lohn- und Einkommensteuertarifen müssen an die Inflationsentwicklung angekoppelt werden! Der Besteuerungsbeginn und damit der Grundfreibetrag und der Einkommensbetrag, von dem an der Spitzensteuersatz greift, gemäß der allgemeinen Einkommensentwicklung angehoben werden! (...)

Auch im Hinblick auf die in

THW demonstrierte „Faszination des Helfens“

Leistungsvergleich des Technischen Hilfswerks in Bayreuth

Der Katastrophenschutz in Oberfranken funktioniert bestens. Davon konnte sich jünger beim Leistungsvergleich des Technischen Hilfswerks auf dem Volksfestplatz in Bayreuth jeder Interessierte ein Bild machen. Sieger dieses ersten Wettkampfs auf Bezirksebene seit 17 Jahren wurde der THW Ortsverband Kronach vor den Verbänden aus Kulmbach und Selb.

Die lange Wettkampfpause hat damit zu tun, dass die Hilfsorganisation Mitte der Neunziger Jahre zur Bundesanstalt Technisches Hilfswerk umstrukturiert und die Bergungs- und Instandsetzungszüge aufgelöst wurden, erläuterte Dieter Stern vom Geschäftsbereich Hof, zu dem neben dem Regierungsbezirk Oberfranken auch die nördliche Oberpfalz gehört. Damit erklärt sich auch die Teilnahme des Ortsverbandes Weiden neben den Verbänden aus Bayreuth, Hof, Kulmbach, Kronach, Marktredwitz, Naila, Pegnitz, und Selb an der spektakulären Großveranstaltung mit mehreren hundert Aktiven.

Ziel des Wettkampfes war es für jeden der beteiligten technischen Züge, binnen zwei Stunden zehn verschiedene Aufgaben zu lösen

und damit den Ernstfall zu simulieren. So mussten die Teilnehmer beispielsweise ein Wasserreservoir mittels bereitgestellter Sandsäcke errichten, eine Rohrleitung über den Platz verlegen, eine Wasserinne aus Rundhölzern bauen, Notstromaggragate in Betrieb nehmen und Beleuchtungsstative aufbauen. Letztlich zählte bei all diesen Aufgaben, die sämtliche Teilnehmer erst kurz zuvor erfahren haben, nicht nur die Zeit, sondern vor allem auch die Qualität der geleisteten Arbeit.

„Wir wollen vor allem die Bevölkerung auf die Faszination des Helfens aufmerksam machen“, erklärte Geschäftsführer Stern. Stern nannte den Wettkampf eine sinnvolle Vorbereitung auf reale Ereignisse, bei dem gleichzeitig die Teamfähigkeit erprobt und das Ehrenamt öffentlich herausgestellt werden.

Hohl Schirmherr

Sämtliche Teilnehmer stellten ihre Freizeit in den Dienst der Gemeinschaft, sagte Schirmherr und Oberbürgermeister Michael Hohl. Er hoffe, dass die Tätigkeit des THW auf das Üben beschränkt und die Region von Großschadensereignissen ver-



THW-Präsident Albrecht Broemme (links) erläuterte Hartmut Koschyk den Wettkampf der Technischen Züge.

schont bleibe. Dennoch sei das THW auch im Alltag ein unverzichtbarer Partner, sagte der oberfränkische Polizeipräsident Gerhard Bauer. Bereits jetzt fänden von 30 THW-Einsätzen 23 auf den oberfränkischen Autobahnen, etwa bei der Stauabsicherung, beim Auf- und Ableiten des Verkehrs, beim Aufbau von Sonderbeschilderungen oder beim Ausleuchten von Unfall- und Gefahrenstellen statt. Auch bei anderen Großveranstaltungen wie der Kulmbacher Motorrad-

sternfahrt oder bei Radrennen sei das THW immer mit im Einsatz.

Es sei längst keine Selbstverständlichkeit mehr, Tag und Nacht sowie an Sonn- oder Feiertagen seine Arbeitskraft in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen, so Hartmut Koschyk. Der Leistungswettkampf zeige, dass sich die Bevölkerung eines leistungsfähigen und engagierten THWs sicher sein kann und dass für den Fall der Fälle Vorsorge getroffen sei.

Regionaler Dekanekonvent besucht den Berliner Reichstag

Unter der Leitung von Regionalbischof Wilfried Beyhl besuchte der regionale Dekanekonvent Berlin. Auf dem Programm stand unter anderem ein Gespräch mit dem Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der EU, Herrn Prälat Dr. Stephan Reimers. Zum Abschluss des Informationsbesuches hielten die Dekane und die Dekane mit dem Regi-

onalbischof eine Andacht im Andachtsraum des Reichstagsgebäudes ab, die von Dekan Günther Saalfrank aus Hof gestaltet wurde. Dabei ging er auf das Spannungsverhältnis zwischen christlichem Glauben und politischer Verantwortung ein. Koschyk legte in einem anschließenden Gespräch dar, warum er gegen eine Liberalisierung des Stammstellengesetzes im Deutschen Bundestag gestimmt hat.



Hartmut Koschyk MdB verfolgt die Andacht von Dekan Günther Saalfrank aus Hof im Andachtsraum des Reichstagsgebäudes.

Auf der Suche nach den Ingenieuren von morgen

Schülerwettbewerb „Umweltfreundliche Technik“

Ein starker Einbruch in den Ingenieurstudiengängen auf der einen Seite und ein erhöhter Bedarf an Ingenieuren auf der anderen Seite: Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken haben Wirtschaft und Wissenschaft im Juni bundesweit den Tag der Technik veranstaltet.

der jungen Generation den Zugang zur Technik zu erleichtern“, begründete Hartmut Koschyk in seiner Eigenschaft als Schirmherr der Veranstaltung in Oberfranken die Aktion, die weit über 100 Schüler an die Fakultät für angewandte Naturwissenschaften (FAN) der Universität Bayreuth lockte.

„Unser Ziel ist es, junge Leute an die Technik heranzuführen und

Nebenführungen durch die jeweiligen Lehrstühle und jeder Menge



Ralf Stöber vom VDE-Nordbayern, Professor Gerhard Fischerauer vom Lehrstuhl für Mess- und Regeltechnik an der Universität Bayreuth und Schirmherr MdB Hartmut Koschyk (von links) starteten den Schülerwettbewerb „Umweltfreundliche Technik“.



Um den fakultäts-eigenen Rennwagen herum gruppierten sich die Sieger des VDE-Technikwettbewerbs zusammen mit Schirmherrn Hartmut Koschyk (Mitte), Vertretern der Universität Bayreuth und der Sponsoren Siemens und VR-Bank Bayreuth

Informationsveranstaltungen wurden dabei auch die Preise im Technikwettbewerb des Verbandes deutscher Elektrotechniker (VDE) vergeben. Der Wettbewerb sollte vor allem junge Leute dazu anregen, über Technik und Naturwissenschaften nachzudenken, so Professor Gerhard Fischerauer vom Lehrstuhl für Mess- und Regeltechnik. Dabei seien die Deutschen zumindest in

der Anwendung alles andere als technikfeindlich. Ohne Forschung und Entwicklung werde es nicht möglich sein, Klimaziele, wie etwa die Einsparung von fast 100 Millionen Tonnen Rohöl in der Europäischen Union bis zum Jahr 2020 zu erreichen, bekräftigte Koschyk. Um den technischen Fortschritt in der Umwelttechnologie zu erreichen, bedürfe es findiger, pfiffiger und neugieriger Forscher.

Kurzer Draht zur Kommunalpolitik



Ein „Urgestein mit hoher Integrationskraft“, Bürgermeister Christian Meier, wurde nach 32 Jahren mit einem Festakt verabschiedet. Die Festansprache hielt Hartmut Koschyk, der den Bürgermeister „dauerhaft, prägend, unverwundlich, aber auch mit Ecken und Kanten“ bezeichnete. „Du bist jemand, der zusammenführt“ sagte Koschyk, der den „Altbürgermeister“ immer als einen väterlich-fördernden Freund empfunden habe. Neuer Bürgermeister in Egloffstein wurde Stefan Förtsch (rechts im Bild).

Die neue Führungsspitze des Landkreises Bayreuth pflegt weiter einen engen Draht zu Hartmut Koschyk. Links im Bild der Stellv. Landrat und Pegnitzner Bürgermeister Manfred Thümmeler und Landrat Herman Hübner (rechts im Bild).



Lastenausgleichsarchiv als wesentlicher Bestandteil deutscher Geschichte und Erinnerungskultur

Gustloff-Archiv soll nach Bayreuth

Weit über drei Millionen Akten, 22 Millionen Karteikarten und 45 Kilometer Regale: Das Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth beeindruckt nicht nur durch diese Zahlen, sondern auch durch seine weitreichende Bedeutung für die Geschichtsschreibung ganz Deutschlands. „Wir dokumentieren mit einer Masse von Schriftgut das geschichtliche Ereignis von Flucht und Vertreibung“, erläuterte der Leiter Ulrich Ringsdorf bei einem Informationsbesuch der beiden CSU-Bundestagsabgeordneten Stefan Mayer und Hartmut Koschyk. Beide haben einen besonderen Bezug zur Thematik. Mayer ist Vorsitzender des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik, Kultur und Medien der CSU-Landesgruppe, Koschyk war lange Jahre Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen.

Wie aktuell die Arbeit des Lastenausgleichsarchivs ist, machte Koschyk an dem ZDF-Zweiteiler „Die Gustloff“ deutlich. Rund 9000 Menschen, alles Flüchtlinge aus dem damals abgeschnittenen Ostpreußen, kamen ums Leben, als ein sowjetisches U-Boot das riesige Schiff versenkte. Heinz



Der Leiter der Lastenausgleichsarchivs Ulrich Ringsdorf (Mitte) gewährte den beiden Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk (links) und Stefan Mayer einen Einblick in die umfangreiche Dokumentationsarbeit der Einrichtung in Bayreuth.

Schön, einer der wenigen Überlebenden, der bereits mehrere Bücher zu dem Thema veröffentlicht, und der auch Regisseur Joseph Vilsmeier beraten hatte, will sein umfangreiches Privatarchiv unter Umständen der Bayreuther Einrichtung zur Verfügung stellen und sich dazu in den kommenden Monaten selbst ein Bild vor Ort machen. Entsprechende Kontakte seien bereits geknüpft.

Nach den Worten Ringsdorfs besitzt das Lastenausgleichsarchiv, eine Außenstelle des Bundesarchivs, derzeit rund 3,2 Millionen Akten aus dem so

genannten Lastenausgleich. Dabei handelt es sich um die Akten von Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die Ausgleichszahlungen erhalten hatten. In den Akten seien unter anderem Grundbuchauszüge, Pläne und Fotos, die sämtliche Besitz- und Lebensverhältnisse der Menschen umfassend dokumentieren.

Zweiter wesentlicher Baustein der Archivarbeit seien die Heimat- und Ortskarteien der Kirchen aus dem ehemaligen Ostpreußen, Pommern, Ober- und Niederschlesien sowie einiger anderer Gebiete. Der Archivleiter sprach von 22 Millionen Karteikar-

ten und gab zu bedenken, dass 1945 jeder fünfte Deutscher ein Suchender oder ein Gesuchter gewesen sei und noch heute jeder vierte Oberfranke einen Vertreibungshintergrund habe. Mit den Karteikarten besitze das Archiv eine Art Einwohnermeldeamt des ehemaligen deutschen Ostens.

Neben den Dokumenten kann das Archiv außerdem auf rund 10.000 Zeitzeugenberichte, 18.000 Fragebögen und 6.000 Berichte von Amtsträgern wie Kirchenmännern, Lehrern oder Bürgermeistern verweisen. Sie alle haben eines gemeinsam, sie spiegeln die Situation der Flüchtlinge detailliert wieder. Ringsdorf gab auch zu bedenken, dass die Arbeit des Archivs damit ein Bestandteil deutscher Geschichte und Erinnerungskultur sei.

Das Lastenausgleichsarchiv hatte 1989 seine Arbeit in Bayreuth aufgenommen und 1996 sein jetziges Domizil in den Räumen des ehemaligen Städtischen Krankenhauses bezogen. Dort wird das Schriftgut auf einer Fläche von fast 6000 Quadratmeter unter klimatisch optimalen Bedingungen archiviert.

Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte zum Thema „Flucht und Vertreibung“ in Berlin beschlossen

Stefan Mayer zu Gast bei den Sudetendeutschen in Bayreuth



Das Bild zeigt (von links): Georg Klaus, Vorsitzender der Katholischen Erwachsenenbildung in der Stadt und dem Landkreis Bayreuth e.V., Stefan Mayer MdB, Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe der Vertriebenen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und Karl Heider, Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Ortsgruppe Bayreuth.

Auf Einladung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der Katholischen Erwachsenenbildung in der Stadt und im Landkreis Bayreuth e. V. hat der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe der Vertriebenen der CDU/CSU-Fraktion und CSU-Bundestagsabgeordnete Stefan Mayer im Bayreuther Schlossturmsaal über aktuelle Fragen der Vertriebenenpolitik berichtet. Mayer verwies auf das gestiegene Interesse in weiten Teilen der Bundesrepublik an dem

Thema Flucht und Vertreibung, was die hohen Zuschauerzahlen der großen Fernseh-Mehrteiler „Die Flucht“ und „Der Untergang der Gustloff“ verdeutlichten.

Daher sei es umso wichtiger, dass der Beschluss der Bundesregierung zur Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte zum Thema „Flucht und Vertreibung“ in Berlin als ein wichtiges und sichtbares Zeichen rasch umgesetzt werden kann.

Wirtschaftsjunioren in Berlin empfangen

Dialog zwischen Politik und Unternehmen wird ausgebaut

Im Rahmen des Projektes „Know-how-Transfer“ der Wirtschaftsjunioren Deutschland besuchte Stephan Bechert, Inhaber der Bayreuther Werbeagentur 4c media (www.cccc.de) das Büro des Bayreuther Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk, um ihn und seine Mitarbeiter eine Woche lang bei ihrer Arbeit zu begleiten.

Die Wirtschaftsjunioren Deutschlands sind mit 10.000 Mitgliedern Deutschlands größter Verband junger Unternehmer und Führungskräfte. Der „Know-how-Transfer“ findet in diesem Jahr zum 14. Mal statt. Insgesamt nehmen rund 180 Wirtschaftsjunioren und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen an dem Programm teil.

Ziel des Projekts ist es, einen direkten Kontakt zwischen Politikern und Unternehmern herzustellen und beiden einen Einblick in die Welt des Anderen zu geben.

Die Wirtschaftsjunioren nahmen an Sitzungen teil und diskutierten in einem Begleitprogramm mit Vertretern aus den einzelnen Fraktionen und der Bundesregierung.

So auch mit Bundeswirtschaftsminister Michael Glos, der gemeinsam mit MdB Koschyk an dieser Stelle gleich persönlich zum Publikumsbundespreis „Deutschlands beste Website“ gratulierte, den 4c media im März 2008 auf der CeBit in Hannover erhalten hatte und der vom Bundeswirtschaftsministerium ausgeschrieben wurde. Die von Herrn Bechert gestaltete Internetseite www.carporte.de wurde bereits im Januar zum brandenburgischen Landessieger gekürt, konnte mit Nutzerfreundlichkeit, ansprechender Optik und hoher Aktualität punkten und gewann mit klarer Mehrheit.

Wirtschaftsjunior Bechert: „Die persönliche Einladung von



Diskutierten in Berlin: Stephan Bechert, Inhaber der Bayreuther Werbeagentur 4c media eingerahmt von Hartmut Koschyk und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos.

Hartmut Koschyk hat mir sehr geholfen, die Prozesse, die hinter politischen Entscheidungen stehen, besser nachzuvollziehen. Ich freue mich bereits jetzt auf die Fortführung unseres „Know-How Transfers“, wenn ich die Möglichkeit haben werde, Herrn Koschyk bei seinem Besuch die Arbeitsweise in meiner Firma zu vermitteln.“

Hartmut Koschyk abschließend: „Ich begrüße es sehr, dass die Wirtschaftsjunioren diesen engen Austausch zwischen Wirtschaft und Politik suchen und organisieren. Ein guter Informationsfluss zwischen jungen Unternehmern und Politikern begünstigt zweifellos eine nachhaltige Umsetzung der Reformprojekte der Bundesregierung.“

Bundesministerium für Bildung und Forschung genehmigt über 6 Millionen EUR für Projekte in der Region

Die Bundesministerin Dr. Annette Schavan informierte Hartmut Koschyk über die fortlaufenden Projektfördervorhaben ihres Hauses im Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim und sagte Koschyk ihre Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung des „Campus of Excellence“ in Bayreuth zu.



Pflegen den engen Draht in Berlin: Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan MdB und Hartmut Koschyk MdB.

Insgesamt bewilligte das Bundesministerium für Bildung und Forschung rund 6 Millionen Euro, um laufende Projekte in der Region zu fördern. Einen hohen Stellenwert haben dabei die Förderung von Forschungsprojekten der Universität Bayreuth sowie von innovativen Unternehmen, die als Impulsgeber den Wirt-

schafts- und Wissenschaftsstandort unserer gesamten Region stärken. Die Projektförderung des Bundesforschungsministeriums leistet hierzu einen wichtigen Beitrag! Insgesamt werden im Jahr 2008 zehn laufende Pro-

jekte und Forschungsvorhaben der Universität Bayreuth durch das Bundesministerium für Bildung mit einem Gesamtvolumen von rund 2,5 Millionen Euro gefördert. Die Fakultät für Angewandte Naturwissenschaften,

Lehrstuhl für Biomaterialien, erhält hiervon rund 537.000 Euro für das „Verbundprojekt Konzeption eines kontinuierlichen Spinnprozesses zur Produktion von Spinnenseidenfasern“.

Koschyk betonte: „Die Projektförderung durch das Bundesministerium trägt dazu bei, innovative Akzente in unserer Region zu setzen. Den Forschungsstandort Bayreuth fördern, bedeutet auch den Wirtschaftsstandort Bayreuth zu stärken und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die gesamte Region wird auch in Berlin als zukunftsfähiger Bildungs- und Forschungsstandort wahrgenommen. Darauf können wir stolz sein.“

Nach Wegfall der Grenzkontrollen

Keine Zunahme der Kriminalität in Oberfranken

100 Tagen nach dem Wegfall der Grenzkontrollen zu Tschechien haben hochrangige Vertreter von Bundes- und Landespolizei in Bayreuth eine positive Bilanz gezogen. Sämtliche Befürchtungen über eine Zunahme der Kriminalität hätten sich nicht bewahrheitet, sagte Rüdiger Kass vom Bundesinnenministerium.

Das Kriminalitätslagebild habe keine signifikante Veränderung erfahren, die Zahl der illegalen Einreisen entspreche dem Stand vor dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens. Der Leiter der Abteilung Bundespolizei im Innenministerium kündigte allerdings weiterhin sorgfältige Stichprobenkontrollen an. Auch im erweiterten Grenzraum konnte keine Steigerung des Kriminalitätsgeschehens festgestellt werden, so der oberfränkische Polizeipräsident Gerhard Bauer. Die Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei, dem ehemaligen Bundesgrenzschutz, und der Landespolizei funktioniere tadellos und in enger Abstimmung.

Glücklich darüber, dass es gelungen war, die Einsatzabteilung Bayreuth und die Inspektion Selb

im Zuge der Bundespolizeireform zu erhalten, zeigte sich Hartmut Koschyk, der das Treffen organisiert hatte. Bayernweit gebe es nach der Reform nicht weniger, sondern sogar mehr Bundespolizei. Wenn der Landkreis Bayreuth einer aktuellen Statistik des Bundeskriminalamts zufolge als sicherster Landkreis Deutschlands gilt, so sei dies auch das Ergebnis der optimalen Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landespolizei vor Ort.

Mit Inkrafttreten des Schengener Abkommens und dem Wegfall der Grenzkontrollen unter anderem zu Tschechien und Polen sei der eiserne Vorhang endgültig gefallen, so der Altöttinger Bundestagsabgeordnete und innen- sowie rechtspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe Stefan Mayer. Vor allem in den grenznahen Bereichen habe sich gezeigt, dass die Skepsis der dortigen Bevölkerung unbegründet gewesen sei. Ein Grund dafür sei auch die so genannte Schleierfahndung, die Mayer als außerordentlich erfolgreiches Instrumentarium der Polizeiarbeit bezeichnete.

Ziel der zum 1. März in Kraft



Hochrangige Vertreter von Politik und Polizei zogen 100 Tage nach Wegfall der Grenzkontrollen zu Tschechien ein positives Fazit (von links): Friedrich Eichele von der Bundesbereitschaftspolizei, der Leiter der Bundespolizeidirektion München Hubert Steiger, der oberfränkische Polizeipräsident Gerhard Bauer, die beiden Bundestagsabgeordneten Stefan Mayer und Hartmut Koschyk, Rüdiger Kass vom Bundesinnenministerium, Albert Blerch von der Bundespolizei in Selb und Reiner Weber, Leiter des Bundespolizeistandorts Bayreuth.

getretenen Reform der Bundespolizei sei die Straffung von bisher fünf auf jetzt ein Präsidium in Potsdam sowie die Zusammenführung von bisher 19 Ämtern zu jetzt acht Direktionen, erläuterte der Leiter der Abteilung Bundespolizei im Innenministerium Rüdiger Kass. Wie die Präsenz in Oberfranken zeige, soll die Bundespolizei aber auch weiterhin in der Fläche verankert bleiben. Als wichtigste Aufgaben der Bundespolizei nannte Kass die Zuständigkeit für den

Bereich der Grenzen, der Bahn und die Verantwortung für die Luftsicherheit.

Profitiert von der Reform hatte nach der Stellungnahme von Albert Blerch die für die Städte und Landkreise Bayreuth, Hof, Kulmbach und Wunsiedel zuständige Bundespolizei in Selb. Während der Zuständigkeitsbereich der gleiche geblieben sei, habe das Personal eine Aufstockung auf jetzt 300 Beschäftigte erfahren.

Koschyk stellt Positionspapier der CSU-Landesgruppe in Berlin vor:

Diskriminierung der deutschen Sprache in der EU beenden



In der Europäischen Union muss Deutsch als Arbeitssprache endlich gleichberechtigt neben Englisch und Französisch Verwendung finden. Als die am meisten gesprochene Sprache in der EU und als Muttersprache für über hundert Millionen Europäer ist die Benachteiligung der deutschen Sprache auf Arbeitsebene nicht länger hinnehmbar. Gerade Deutschland muss - nicht zuletzt als größter Nettozahler unter den EU-Mitgliedstaaten - darauf bestehen,

dass die Stellung der deutschen Sprache in den Organen und Einrichtungen der EU ihrer praktischen Bedeutung für die Unionsbürger entspricht.

Zahlreiche EU-Dokumente können aufgrund ihrer fehlenden Übersetzung im Deutschen Bundestag nicht behandelt werden. Eine Gleichstellung des Deutschen mit Englisch und Französisch muss insbesondere bei der Veröffentlichung von EU-Dokumenten erfolgen. Die

Zahl der EU-Dokumente, die von den Bundestagsausschüssen aufgrund der fehlenden deutschen Sprachfassung zurückgestellt wurden, beläuft sich inzwischen auf mehr als 40. Aber nicht nur Rechtssetzungsakte, sondern alle relevanten Texte müssen auch auf Deutsch vorgelegt werden. Die Praxis der EU-Kommission, politisch bedeutsame Dokumente als Arbeitspapiere zu deklarieren, um so eine Übersetzung ins Deutsche zu vermeiden, muss

beendet werden. So ist es beispielsweise unabdingbar, dass die Fortschrittsberichte über Staaten, die einen Beitritt zur EU anstreben, von der EU in deutscher Fassung zur Verfügung gestellt werden.

Die Kritik des europäischen Bürgerbeauftragten, P. Nikiforos Diamandouros, an der Diskriminierung der deutschen Sprache in der EU sendet ein deutliches Signal an die EU-Kommission.

Katharina Wagner, Horst Eggers und Georg Schmitt zu Besuch in Berlin

Genussregion Oberfranken stellt sich in Berlin vor

Mit großem Erfolg wurde die Genussregion Oberfranken in der Bayerischen Landesvertretung in Berlin präsentiert, zu der neben zahlreichen Vertretern aus der oberfränkischen Tourismuswirtschaft, der Gastronomie sowie aus Ernährungswirtschaft und Handwerk auch Vertreter aus Politik und Gesellschaft eingeladen wurden.

für Landwirtschaft, Hotel- und Gaststättenverband, das Max-Rubner-Institut der Bundesforschungsanstalt in Kulmbach, Fremdenverkehrseinrichtungen, Oberfranken Offensiv, Handwerkskammer für Oberfranken und IHK für Oberfranken an.

Der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Ober-

in Berlin für eine hervorragende Möglichkeit, Oberfranken als Genuss-Standort deutschlandweit bekannt zu machen und ein Dienstleistungsnetzwerk für Spezialitätenanbieter aus unserer Region zu erreichen. Oberfranken hat nicht nur die höchste Brauereidichte der Welt, sondern über 500 Bäckereien und 700 Metzgereien belegen eindrucksvoll, dass Oberfranken die „Genussregion für alle Sinne“ in Deutschland ist.

Ich werde die Marketinginitiative „Genussregion Oberfranken“ auch weiterhin unterstützen, damit neben den Bayreuther Festspielen auch all unsere anderen Spitzenprodukte aus Oberfranken eine nachhaltige Nachfrage finden.

CSU-Maibockanstich in Berlin mit oberfränkischem Akzent

Wenige Tage zuvor gab es zum traditionellen Maibockanstich der CSU-Landesgruppe im bayerischen Wirtshaus Lindenbräu im Berliner Sony-Center am Potsdamer Platz auch einen oberfränkischen Akzent. Mit vier kräftigen Schlägen eröffnete der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Peter

Ramsauer gemeinsam mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Hartmut Koschyk, das Maibock-Fest 2008, das unter dem Motto „Bayern trifft Franken“ stand.

Zum Maibock des Hofbräuhauses Traunstein wurden verschiedene fränkische Spezialitäten angeboten. So bereitete der bekannte Bayreuther Gastronom und Erste Vorsitzende des Fremdenverkehrsvereins Bayreuth, Georg Schmitt, fünf verschiedene Sorten fränkischer Bratwürste mit fränkischem Sauerkraut und fränkischem Brot zu. Die 500 Bratwürste fanden reißenden Absatz. Die bekannte fränkische Musikgruppe „Dadaraa“ sorgte mit fränkischer Kerwamusik für die musikalische Untermalung.

Nach Auffassung von Hartmut Koschyk sind Bratwürste und Volksmusik für die Franken Ausdruck der Kultur und Lebensart. Beides steht für Verwurzelung im heimatlichen Brauchtum, Originalität und Lebensqualität. Es freut mich sehr, dass die Bratwürste von Georg Schmitt und die Musik von Dadaraa in Berlin solch großen Anklang gefunden haben.



Vorstellung der Genussregion Oberfranken in der Bayerischen Landesvertretung in Berlin: v. l. n. r.: Bundesminister Horst Seehofer, Festspielchefin Katharina Wagner, Hartmut Koschyk und der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Horst Eggers.

Zahlreiche Bundespolitiker wie Bundesminister Horst Seehofer und der Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk, aber auch zahlreiche Persönlichkeiten aus Wirtschaft, dem kulturellen Bereich und den Medien, wie der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Staatsminister a.D. Dr. Werner Schnappauf, Katharina Wagner und der aus Bayreuth stammende Chefredakteur der „Bild am Sonntag“, Claus Strunz, nahmen an dieser Präsentation Oberfrankens in Berlin teil.

Der Marktinitiative Genussregion Oberfranken gehören neben knapp 100 Spezialitätenanbietern wie beispielsweise der Bayreuther Bäckerei Lang, Kommunen, Bauernverband, Ämter

franken, Horst Eggers und der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Oberfranken, Dr. Hans F. Trunzer, erklärten, dass Oberfranken eine dynamische Wirtschaftsregion ist und es gilt, die Qualität der heimischen Erzeugnisse nach außen zu tragen, um die oberfränkische Wertschöpfungskette nachhaltig zu vermarkten.

Auch Bundesminister Seehofer lobte die Qualität der oberfränkischen Erzeugnisse und betonte, dass wir „in der Menschheitsgeschichte noch nie bessere Lebensmittel auf der Welt hatten – und die besten gibt's in Oberfranken!“

MdB Koschyk: „Als oberfränkischer Bundestagsabgeordneter halte ich die Marketinginitiative „Genussregion Oberfranken“ und die Präsentation in der Bayerischen Landesvertretung



Der Bayreuther Fremdenverkehrsvorsitzende und erfolgreiche Gastronom Georg Schmitt präsentierte dem CSU-Landesgruppenchef Dr. Peter Ramsauer (links) und Hartmut Koschyk fränkische Bratwurstvariationen in Berlin.